

# Posener Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

**Annoncen-**  
**Annahme-Bureau.**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17.)  
bei C. J. Kriti & Co.  
Breitestraße 20,  
in Grätz bei J. Streissel,  
in Meseritz bei H. Matthes,  
in Wreschen bei J. Jadesohn.

**Annoncen-**  
**Annahme-Bureau.**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei G. L. Daube & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Moes.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidenbank“.

Nr. 391.

Donnerstag, 7. Juni.

1883.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reichs an.

**Amtliches.**

Berlin, 6. Juni. Der Kaiser hat im Namen des Reichs den Herrn Manuel O'Connor zum Vize-Konsul in Benicarló (Spanien), und den Kaufmann H. D. Schröder zum Vize-Konsul in Ponce (Puerto-Rico) ernannt.

Der König hat dem Geheimen Kanzlei-Nath Berger, Bureau-Direktor bei dem Reichsgericht in Leipzig, den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Aector der königlichen Landesschule Pforta, Professor Dr. phil. Voltmann den Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem Rechnungs-Rath und Kreis-Steuerreinnehmer Kreidels zu Strzow im Kreise Adelnau den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Sergeanten Hendemann im I. Garde-Regiment z. F. das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Sekonde-Lieutenant von Neß im 4. Garde-Regiment z. F. und dem Jäger Wallstab im Garde-Jäger-Bataillon die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

**Deutscher Reichstag.**

97. Sitzung.

Berlin, 6. Juni. Am Tisch des Bundesraths: v. Bötticher, v. Schelling.

Präsident v. Levekow eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzes betr. die Abwehr der Reblauskrankheit.

Bei § 10 wiederholt

Abg. Frhr. v. Göller seine in der zweiten Lesung vorgebrachten Bedenken und beantragt, daß den Besitzern von größeren Rebschulen, die schon vor Erlass dieses Gesetzes unter der Aufsicht einer Landesbehörde standen, und deren Wurzelzüchten zu einem großen Theil in verschiedenen deutschen Bundesstaaten versendet wurden, einen Ersatz des ihnen durch § 4 erwachsenen Kinderwertes ihrer Rebschulen verlangen können. Sollte dies nicht geschehen, so wäre es mindestens angezeigt, der badischen Regierung das Recht der Entschädigung zu bestätigen.

Geb. Rath Wennmann hält diesen Wunsch für ungerechtfertigt, da die kleinen Rebschulbesitzer meist mehr Schaden haben werden, als die großen und ebenso werden die Handelsgärtner in ganz Deutschland unter dem Gesetz leiden, und es müste folgerichtig auch diesen eine Entschädigung zugestanden werden. Den Bundesstaaten bleibe es unbenommen, geeignete Fälle mit Entschädigungen einzutreten.

Abg. Schwarzenberg hält gleichfalls den Wunsch des Abg. v. Göller für unberechtigt, da in dem Gesetze zur Genüge für Entschädigung gesorgt ist. Man würde sich durch Erfüllung dieses Wunsches einem wahren Ansturm von ähnlichen Forderungen aussetzen. Die chemischen Industriellen, deren Waaren als schädlich anerkannt und dadurch im Werthe herabgemindert sind, würden mit demselben Rechte sich an die Reichskasse wenden können. Überhaupt macht sich mehr und mehr das unberechtigte Streben geltend, sich auf Kosten des Reiches schadlos zu halten im Falle einer Katastrophe.

Abg. Frhr. v. Göller: Es ist vom Bundesrathstisch selbst anerkannt worden, daß das Gesetz Härten enthalte und es dem Reiche unbenommen sei, die geistlich normirten Entschädigungen zu erhöhen. Diese anerkannte Härte muß beseitigt werden, wenn mir aber in dieser Weise Opposition gemacht wird, dann will ich meinen Antrag zurückziehen.

Abg. v. Frankenstein nimmt den Antrag wieder auf, da er ihn als durchaus berechtigt anerkennt.

Abg. Dr. Buhl bittet, den Antrag abzulehnen, weil er nur den großen Rebschulbesitzern die größeren Vortheile verschaffen will. Die Vertreter der Handelsgärtner haben sich übrigens mit den Bestimmungen des Gesetzes einverstanden erklärt. Auch ist es den Landesregierungen unbenommen, weitere Entschädigungen eintreten zu lassen. Nachdem der Regierungskommissar erklärt hat, daß für den Fall der Annahme des Antrages Göller das Gesetz für die Reichsregierung unannehbar sei, möge man das Zustandekommen des Gesetzes nicht verhindern, den Antrag ablehnen.

Der Antrag wird abgelehnt und § 10 unverändert angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Es folgen Berichte der Petitionskommission.

Die Handelsfirma Ott und Coradi zu Kempten bittet um Ersatz der auf der Weltausstellung zu Melbourne in Australien in Folge unglücklicher, durch den Reichskommissar befohlener Vertretung erlittenen Verluste.

Abg. Dr. Gutleisch empfiehlt als Referent der Petitionskommission dem Hause die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Geb. Rath Wennmann kann nicht einsehen, daß das Reich für derartige Verluste haftbar sein müsse. Die Regierung billigte das Verfahren des Herrn Neuleaux, dem der Verlust zuschreiben ist, nicht in allen Stücken. Für die Frage, welche Verbindlichkeiten daraus dem Reiche erwachsen, sei der Umfang der amtlichen Vollmachten des Herrn Neuleaux maßgebend. Herr Neuleaux habe dadurch gesiebt, daß er eine später entdeckte Firma empfohlen, und eine reelle Firma ohne ersichtlichen Grund verdächtigte und dadurch den Thätigkeitsbereich erweiterte. Auch darin treffe ich ein Vorwurf, daß er der Petentin keine Fürsorge für ihre Güter unaufgefordert zusetzte, und daß er dieselben ohne jeden Grund an eine nicht legitime Person verahfolgte und dadurch deren Verlust veranlaßte. Die Aufgabe des Kommissars habe in der Organisation und administrativen Verwaltung des deutschen Theils der Ausstellung bestanden, nicht aber in der Wahrnehmung der geschäftlichen Beziehungen, zu welchen die Ausstellungsgüter Veranlassung gaben. Eine staatliche Haftpflicht existiere demnach nicht.

Abg. Sonnenman ist der Meinung, daß das Reich durch Bestellung des Herrn Neuleaux zum Reichskommissar, anstatt einen erfahrenen Verwaltungsbeamten zu wählen, einen groben Fehler gemacht hat und daher für alle Folgen aus diesem Fehler haftbar sei. Das Reich habe soviel Unkosten durch die Ausstellung in Melbourne gebahnt, daß es auch die kleine Summe noch übernehmen könne.

Abg. Frhr. v. Pfeiffer spricht sich aus rechtlichen und Billigkeitsgründen ebenfalls für den Antrag der Kommission aus.

Geb. Rath Aschenborn bittet, den Antrag abzulehnen, da damit ein bedenklicher Präzedenzfall geschaffen würde.

Abg. von Minnigerode beantragt Übergang zur Tagesordnung.

Abg. Windthorst wird für den Antrag der Kommission stim-

men. Es wäre am besten gewesen, wenn man die Angelegenheit vor der Diskussion beseitigt hätte, dann wären unangenehme Erörterungen vermieden worden. Daß dies nicht geschehen, bedauerte er umso mehr, als dadurch der Schein, als ob Herr Neuleaux unrecht gehandelt habe, erhalten bleibt. Es wäre nur Recht und billig gewesen, Herrn Neuleaux Gelegenheit zu geben, sich hier zu verteidigen, indem man ihn für diesen Fall zum Kommissar des Bundesrathes ernannt hätte.

Staatssekretär v. Bötticher erklärt, daß der Regierung der ablehnende Bescheid an die Petentin außerordentlich schwer gefallen ist. Aber die Regierung hat bei eingehender Brüfung gefunden, daß die Handlungen des Herrn Neuleaux außerhalb der amtlichen Befugnisse des Reichskommissars gelegen haben. Würde die Regierung dieser Forderung Rechnung getragen haben, so hätte sie bei der großen Anzahl von ähnlichen Petitionen bald mit einem besonderen Etat an das Haus kommen müssen.

Abg. v. Minnigerode: Sollte der Antrag der Kommission angenommen werden, so würde ein abermaliger Antrag aus dem Hause, einen Kommissar für eine Ausstellung zu bestellen, die größten Bedenken veranlassen, und man würde sich nicht leicht dazu verstellen, einem solchen Antrag Folge zu geben. Wenn man in diesem Falle so prozediert, so würde man stets in ähnlicher Weise versuchen müssen, wenn durch einen Beamten ein Mensch sich geschädigt glaubt. Ich bitte zur Tagesordnung überzugehen. (Sehr gut! rechts; Heiterkeit.)

Abg. Löewe (Berlin) tritt für den Antrag der Kommission ein, da man keineswegs den Kommissar haftbar machen dürfe. Dieser habe durchaus bona fide gehandelt und selbst eine bedeutende Summe bei der unreellen Person, der der Verlust der Petentin zuzuschreiben ist, verloren.

Staatssekretär von Bötticher: Herr Neuleaux hatte gebeten, die Mandate, die den Agenten für die Vertretung übergeben waren, zurückzuziehen und diese ihm selbst zu übertragen. Darauf konnte die Regierung nicht eingehen, aber sie stand sich veranlaßt, die Aussteller vor den Agenten zu warnen und ich glaube, dafür können die Aussteller nur dankbar sein.

Abg. Dr. Dohrn ist über diese Diskussion befreit erfreut, weil sie Gelegenheit gibt zu konstatieren, daß ein Reichskommissar nicht zur Vertretung der Interessen der Aussteller zu einer Ausstellung gesandt werde. Die Konstatierung eines Fiasko in dieser Richtung ist nicht ohne Bedeutung. Sollte der Kommissar nicht über seine Funktionen hinausgehen, so müßten diese bekannt sein. Die Erklärungen der Herren vom Bundesrathstisch hätten den Fabrikanten früher von Nutzen sein können, heute seien sie überflüssig.

Darauf wird der Antrag der Kommission angenommen.

Es folgt der Bericht der Petitionskommission über die zur Impfung eingebrachten Petitionen.

Abg. Dr. Thilenius empfiehlt als Referent der Kommission folgenden Antrag zur Annahme: der Reichstag wolle beschließen, die eingelaufenen Petitionen dem Reichskanzler zur Kenntnahme zu überreichen und damit das Erfuchen zu verbinden, er wolle

1. thunlich bald eine Kommission von Sachverständigen berufen, welche unter Oberleitung des Reichsgesundheitsamtes den gegenwärtigen physiologischen und pathologischen Stand der Impffrage, insbesondere in Bezug auf die Rauten prüft, die geeignet sind, die Impfung mit der größtmöglichen Sicherheit zu umgeben, und die — eventuell unter allgemeiner Durchführung der Impfung mit animalärer Lymphe — Maßregeln zum Zweck dieser Sicherung vorschlägt;
2. eine brauchbare Impfstatistik herbeiführen auf Grund obligatorischer Anzeigepflicht bezüglich der vor kommenden Pockenepidemien und deren Verlauf an die zuständige Reichsbehörde;
3. den Erlass eines Volksseuchengesetzes für das Reich und als unerlässliche Vorbedingung desselben die Einführung der obligatorischen Leichenschau in den einzelnen Bundesstaaten im Bezug ziehen;
4. dem Reichstag seiner Zeit über den Erfolg der getroffenen Maßnahmen Mittheilung machen.

Abg. Dr. Möller: Die Agitation gegen das Pensionsgesetz ist nicht neu. Als bald nach der Entdeckung Jenners machte sich eine Agitation in England gegen die Impfung geltend und auch in Deutschland haben sich seit einem Decenium viele zur Lebensaufgabe gemacht, den Impfzwang zu bekämpfen. Diese alle haben sicherlich vergessen, was für eine Erfahrung die Pocken vor der Impfung hatten. Vor Einführung der Impfung bekam fast jeder die Pocken und über eine halbe Million starb jährlich in Europa an dieser Seuche, so daß man daran erkennt, wie verheerend sie wirkte. Die Ethnographen teilten mit, daß manche Völkerstämme in Asien an den Pocken zu Grunde gegangen sind. Seit der Einführung der Kuhpockenimpfung ist eine ganz ungeheure Verminderung der Pockenepidemien eingetreten. Die Impfgegner erkennen das nicht an, sondern behaupten, daß die Pocken ebenso, wie die anderen Völkerstämme, wie der Storbürt zurückgegangen sind. Aber das ist nicht zutreffend, denn tatsächlich sind die Pocken nur dort in geringem Maße hervorgetreten, wo die Impfung eingesetzt wurde. Außerdem ist dabei zu berücksichtigen, daß alle anderen Krankheiten spontan entstehen können, während die Pocken nur durch Kontagium weitergetragen werden. Durch die Impfung wird die Ansteckungsfähigkeit des Menschen wesentlich vermindert werden. Daß die Kuhpocken einen absoluten Schutz gewähren, glaubt man allerdings heute nicht mehr. Tritt eine Seuche ein, so pflegen Kinder, die erst kürlich geimpft sind, bei weitem weniger davon affiziert zu werden, als die Erwachsenen, deren Impfung schon lange zurückliegt. Das haben die Gegner so ausgelegt, als ob Erwachsene überhaupt eine größere Empfänglichkeit für das Kontagium haben, als die Kinder. Eine Statistik ist wegen der Abstufung der Krankheit, weil nicht alle Fälle zur Kenntnis gelangen und weil nicht jedesmal bei der Impfung der Arzt die Überzeugung gewinnen kann, daß die Pocken aufgegangen sind, nicht möglich aufzustellen. Eine genaue Statistik gibt es nur aus den Spitälern und hier ist konstatiert worden, daß die Geimpften nicht nur eine geringere Empfänglichkeit für die Ansteckung haben, sondern, daß die Erkrankung auch einen leichteren Verlauf nahm, als bei den Ungeimpften. In einem Spital, in dem 6213 Fälle vorgekommen waren, starben von den ungeimpften 30 Prozent, von den Geimpften nur 5 Prozent. In dem Londoner Hospital starben bei 9000 Erkrankungsfällen 35 Prozent der ungeimpften, 7 Prozent der Geimpften. Aus diesen Resultaten geht unwiderrücklich hervor, daß die Angriffe der Gegner gegen die Impfkraft unbegründet sind. Was die Gefahren der Impfung betrifft,

so ist es ja begreiflich, daß das Einimpfen eines Gastes nicht indifferent auf den Körper wirken könnte, jedoch ist das Impfsieben eine ganz unerhebliche Krankheit, die nicht ansteckend wirken kann und stets einen normalen Verlauf nimmt. Bei der jetzigen antisепtischen Behandlungsweise ist das Umschreien der Impfstelle auch nicht mehr gut möglich. Es soll allerdings nicht gelegnet werden, daß Impfproben tödlichen Ausgang gehabt haben; doch würde das vermieden werden, wenn man vermeiden würde, in heißen Sommertagen zu impfen. Was die Übertragung des Syphilis durch die Impfung betrifft, so sind davon übertriebene Ansichten verbreitet. Meist ist die Syphilis, die man durch die Impfung übertragen glaubt, konstitutionell und von den Eltern ererbts, die dann auch allen Grund haben, dies zu verschweigen. Die Impfgegner behaupten, der Zwang sei der größte Zwang (Sehr wahr! im Zentrum.) Ja, meine Herren, wir könnten zufrieden sein, wenn dort die schlimmste Art des Zwanges wäre. (Sehr richtig! links) In einem guten Staatswesen ist ein gewisser Grad von Zwang unvermeidlich, wir haben den Schlußzwang, der nicht immer beispielhaft für die Kinder ist und den Dienstzwang, der auch für manche Leute verderblich ist, und wir können diese Einrichtung nicht aufheben. Es handelt sich bei diesem Zwang nicht nur um den Einzelnen, sondern um das allgemeine Wohl, der Staat hat hier ein Recht einen Zwang auszuüben. Ohne den Zwang würde bei den Vorurtheilen gegen das Impfen überhaupt nicht geimpft werden. Der Zwang besteht bereits seit 1808, das Vaccinieren ist erst später hinzugekommen; die Agitation dagegen ist blutig. In den westlichen Nachbarreichen macht man jetzt die größten Anstrengungen, den Impfzwang einzuführen. Sorgen Sie, daß wir nicht einen Rückschritt machen wollen. (Bravo! links)

Abg. Reiniger beantragt

Den Herren Reichskanzler zu ersuchen:

1. die ursprünglichen Motive des Reichsimpfgesetzes vom April 1874 durch eine gemischte Kommission von Verfechtern und Gegnern der Impfung, bestehend aus dem Referenten und Korreferenten gleichmäßig zum Vorschlag gebrachten Herren, Statistikern und Juristen, unter Berücksichtigung aller seit 1874 beigebrachten Thaten und Belege einer streng wissenschaftlichen Prüfung zu untersuchen;
2. dieser Kommission durch Vermittlung der Bundesregierungen die Urpockenlisten einer größeren Anzahl deutscher Stadt- und Landgemeinden von den Polizeiamtlern resp. von den Gemeindeverwaltungen zustellen zu lassen;
3. die sämtlichen Verhandlungen dieser Kommission nach den stenographischen Aufnahmen in Druck zu geben und dieselben mit thunlichster Beschleunigung dem Reichstage vorzulegen.

Redner erklärt, daß er in der Art und Weise der Behandlung der Sache durch den Referenten eine Missachtung der Opponenten sehe. Die Agitation gegen den Impfzwang ist kein Sport, sondern entspringt aus den tatsächlichen Missständen. Es ist Thatache, daß Vaccinier am meisten bei Epidemien zu Grunde gehen und daß Tierkrankheiten auf den Menschen übertragen werden können. Man möge das Impfen facultativ lassen und nicht die persönliche Freiheit in unerhörter Weise beschränken. Die Armen sind besser daran, weil sie sich bessere Lymphe verschaffen können, die Armen sind auf das Impfen in öffentlichen Instituten angewiesen, und ich glaube, wenn alle Kinder, vom Palast bis zur Hütte, in diesen öffentlichen Instituten geimpft werden würden, dieses Gesetz wäre nie angenommen worden. Die Armen sind auch meist Gegner der Impfung, und wenn man die Vorfälle in Herzfeld bedenkt, so kann man diese Gegnerschaft wohl verstehen. Redner empfiehlt in längeren Ausführungen seinen Antrag.

Die Debatte wird geschlossen und die von der Kommission vorgeschlagene Resolution, nachdem auf Antrag des Abg. v. Minnigerode die Nr. 3 desselben gestrichen, angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. Tagesordnung: Zuckersteuervorlage, Etat.

Abg. Richter (Hagen) wünscht, daß das Beamtenpensionsgesetz auf die Tagesordnung gesetzt werde und der Etat für Marine und Reichsbeer noch nicht beraten werde.

Abg. v. Kardorff: Nachdem die Budgetkommission entgegen gesetzter Meinung gewesen ist, und dies durch ihr schnelles Arbeiten bestätigt hat, haben wir keinen Grund, dem Wunsche des Vorredners zu folgen.

Abg. v. Benda wünscht die Erledigung des Beamtenpensionsgesetzes, glaubt jedoch, daß es noch nach der zweiten Lesung des Etats zur Zeit gelesen könne.

Präsident v. Levekow erklärt, daß er die Absicht hat, in dieser Weise zu verfahren.

Abg. Dr. Windthorst wünscht, daß der Abgeordnete Richter derartige Diskussionen nicht bei der Feststellung der Tagesordnung eröffnen möge.

Abg. Richter (Hagen) ist mit der Erklärung des Präsidenten in Bezug auf das Pensionsgesetz einverstanden und in Bezug auf die Beratung des Etats der Marine und des Heeres einen Beschlüsse des Hauses herbeizuführen.

Das Haus entscheidet sich für die vom Präsidenten mitgeteilte Tagesordnung.

Schluß 6 Uhr.

**Preußischer Landtag.**

Abgeordnetenhaus.

75. Sitzung.

Berlin, 6. Juni. Am Ministertisch: von Puttkamer, von Bötticher.

Präsident v. Kölle eröffnet die Sitzung um 9 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung der Kanalvorlage (Verbindung von Dortmund mit den Häfen — 46 Millionen Mark).

Die Diskussion über den Antrag Letocha, betreffend die Herstellung einer leistungsfähigen Wasserstraße zwischen den Montandistrikten Oberösterreich und Berlin wird wieder aufgenommen.

Geb. Rath Wiebe bittet, diesen Antrag abzulehnen. Die Regierung wird, abgesehen von dem Schicksal der Kanalvorlage, ihr Augenmerk unausgekehrt auf eine Verbesserung der Wasserstraßen zwischen Oberösterreich und Berlin gerichtet halten. Die Regierung weiß jedoch noch nicht, in welcher Richtung eine solche Verbesserung herzustellen ist, da sie sonst schon an das Haus mit einer entsprechenden Vorlage ge-

Kommen wäre. Es ist ein Vorschlag gemacht worden, die Spree mit der Oder in der Gegend der Neismündung zu verbinden und die Regierung ist bereits an die Vorarbeiten gegangen und erwartet die Gutachten der Provinzialbehörden über dieses Projekt. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat sich auch bereits mit dem Finanzminister in Verbindung gesetzt, um im nächsten Stat einen Titel zur Besteitung der Kosten für die Vorarbeiten aufgenommen zu sehen.

Abg. Letocha begründet seinen Antrag, der im Interesse der schlesischen Montanindustrie gestellt sei, die mit der westfälischen Industrie sehr gut konkurrieren könne. Die Regierung scheine aber nur für das Wohl der letzteren bedacht. Da der Koblenzexport für die schlesische Montanindustrie nach Österreich und Russland fast unmöglich ist, so bleibt ihr nur noch der Absatz nach Nordwesten, den zwei Privatbahnen, die leider Gotts noch nicht verstaatlicht seien, besorgen. Diese Bahnen haben viel zu teure Tarife für die Kohle, wodurch der Absatz sehr geschädigt wird. Ein anderer Transportweg ist daher unumgänglich notwendig, wenn die schlesische Industrie nicht empfindlich geschädigt werden soll. Die Absatzverhältnisse sind jetzt schon so schlecht, daß die Arbeit auf manchen Gruben aufhören müßte und 200 Arbeiter brotlos würden. Die Herstellung eines Binnenlandkanals ohne Herstellung einer Wasserstraße zwischen Berlin und Oberösterreich würde die Industrie des letzteren Landesteiles vollständig lahm legen. Es handelt sich hier gar nicht um die Anlage eines großartigen Kanals, sondern lediglich um ausreichende Regulierung des Oberstromes, der auch bei dem niedrigsten Wasserstande Schiffe mit 1000 Zentner Last tragen können müsse. Die Regierung ist von der Notwendigkeit einer Regulierung, wie sie bereits zwischen Breslau und Stettin erfolgt ist, auch überzeugt. Bei der jetzigen Verbindung müssen die Schiffer einen Umweg von 500 Kilometern machen, da sie vom Finow-Kanal in die Havel und von dort erst in die Spree einlaufen können.

Staatsminister v. Voetticher: Ich kann dem Vorredner Namens der Staatsregierung erklären, daß er in der letzteren einen Verbündeten seiner Wünsche hat. (Beifall.) Die Vorarbeiten für eine bessere Wasserstraße zwischen Berlin und Schlesien sind nur unterbrochen worden in Folge ungünstiger Naturereignisse, sie werden aber mit Eifer wieder aufgenommen werden, und es steht zu erwarten, daß die Vorlage, welche sich an diese Vorarbeiten knüpfen wird, in nicht zu ferner Zeit dem Landtage vorgelegt werden können. (Bravo!) Ich halte mich aber für verpflichtet, es offen auszusprechen, daß ich die Befürchtung habe, daß, wenn gegen die gegenwärtige von der Regierung gemachte Vorlage auch von Seiten der Schlesier Opposition gemacht werden sollte (Heiterkeit und Unruhe), die Regierung nicht mit dem vollen Vertrauen, mit dem sie es sonst thun würde, die Vorlage zu Gunsten der Provinz Schlesien würde einbringen können. (Hört! hört! Bewegung.) Ich habe der Entwicklung der gegenwärtigen Vorlage aus Ihnen bekannten Gründen nicht eingehend folgen können, und ich habe mich, abgesehen von den Vorarbeiten erst in den letzten Tagen mit den Verhandlungen beschäftigen können. Aber ich habe doch den Eindruck gewonnen, daß ein starkes Stück Particularismus für das Votum verschiedener Mitglieder dieses Hauses maßgebend ist. (Vielsache Zustimmung.) Ich bin lebhaft erinnert worden an die Verhandlungen, die in diesem Hause Ende der sechziger Jahre über die Bevollmächtigung eines Provinzialfonds für Hannover geflossen waren. Damals hielt die Mehrzahl der Vertreter der übrigen Provinzen der Vorlage entgegen: Wo bleiben wir? Bekommen wir eine ähnliche Zuwendung wie Hannover? (Heiterkeit!) und das Versprechen der Regierung, daß eine ähnliche Organisation für alle übrigen Provinzen in Aussicht genommen sei, verlangt damals erschrecklich wenig. Nun, m. h., die Staatsregierung hat auch damals ihr Wort eingeholt, und so dürfen Sie auch jetzt erwarten, daß sie ihre Versprechungen wegen des weiteren Ausbaues unseres Kanalnetzes halten und alle berechtigten Wünsche der übrigen Provinzen berücksichtigen wird. (Beifall.) Ich erkläre mich positiv gegen die Annahme des Amendements Büttmann und kann nicht feierlich genug erklären, daß die Annahme dieses Amendements das ganze Gesetz gefährdet. (Hört! hört!) Bereits in der Vorlage ist ausgeprochen, daß die Regierung Bedenken tragen zu müssen glaubt, sich schon jetzt, trotz des Mangels ausreichender Unterlagen, für eine bestimmte weitere Kanallinie zu erklären. Es ist allerdings gestern von einem Redner bemerkst worden, daß das Engagement, welches durch die Annahme des Antrages Büttmann für die Staatsregierung erwachsen würde, kein zu zwingendes sei. Es erinnert dieser Redner daran, daß Gründe billig wie Brombeerren seien, und daß, wenn heute auch beschlossen werde, eine bestimmte Linie in das Gesetz aufzunehmen, ohne daß zugleich die Mittel für die Ausführung bewilligt werden, so werde es doch später immer noch der Erwagung unterliegen, ob man diese Mittel bewilligen könne oder wolle. Die Staatsregierung würde aber einen Beschlus des Hauses, der darauf gerichtet ist, eine bestimmte Linie vorzusehen, nicht leicht nehmen, sie würde, wenn Sie heute einen solchen Beschluss fäßen, sich gebunden fühlen, mit aller Kraft und Energie, diese durch das Votum der Landesvertretung ihr bestimmt vorausgezeichnete Linie zur Ausführung zu bringen und das kann die Regierung nicht mit gutem Gewissen in einem Momente, wo die Vorarbeiten für eine solche Linie absolut noch nicht vorhanden sind. Ich kann nur wünschen, daß Sie den Erklärungen und Versicherungen, die hier von dieser Stelle aus Ihnen wiederholt gemacht worden sind, einiges Vertrauen entgegenbringen, und kann namentlich wünschen, daß Herr Abg. v. Schorlemers-Alst, der gestern die Staatsregierung darauf hinnies, sie möge nur den Intentionen des Abg. Windhorst öfter folgen, in diesem Falle der Staatsregierung mit gutem Beispiel vorangeht. (Große Heiterkeit.) Ich schließe mit dem dringenden Wunsche, daß Sie dem großen Werke, dessen Beschlusshaltung Ihnen von der Regierung angekommen wird und dessen hohe wirtschaftliche Bedeutung weit über den Kreis der lokalen Interessen der zunächst davon betroffenen Landesteile hinausgeht, Ihre ungeteilte Zustimmung geben. Der Erfolg wird nicht ausbleiben und ebenso wenig die Nachahmung für die übrigen Provinzen, die eine gleiche Wohlthat für sich erbitten und wünschen. Die Staatsregierung wird mit Freuden bereit sein, allen berechtigten Wünschen in dieser Beziehung näher zu treten. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Berger (Witten) beantragt für den Fall der Annahme des gestern mitgetheilten Antrags Hammacher folgende Resolution anzunehmen:

Die Regierung aufzufordern, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher

- a. die Verbindung der Schiffsverkehrslinie von Dortmund nach der unteren Ems mit dem Rheine und der mittleren Elbe,
- b. die Herstellung einer leistungsfähigen Wasserstraße zwischen den Montanbezirken Westfalen und Berlin, zum Gegenstande hat.

Die Debatte wird darauf geschlossen und der Antrag Hammacher:

Zur Theilweisen Ausführung eines Schiffsverkehrslinien, welcher bestimmt ist, den Rhein mit der Ems, Weser und Elbe zu verbinden, — und zwar zunächst für den Bau der Kanallinie von Dortmund über Henrichenburg, Münster, Bevergern, Reudörpen nach der unteren Ems in Gemäßheit der von dem Minister der öffentlichen Arbeiten festzustellenden Projekte wird der Staatsregierung die Summe von 46,000,00 Mark zur Verfügung gestellt.“

In namenslicher Abstimmung mit 228 gegen 111 Stimmen angenommen, ebenso darauf der Antrag Berger.

Die Parteien stimmen geplatzt. Für den Antrag Hammacher stimmen vom Fortschritt die Abg. Langenhans und Richter (Hagen); gegen den Antrag von den Konservativen u. A. die Abg. von Rauchhaupt, von Wedell-Malchow, von Wedell-

Piesendorf und von Minnigerode, vom Zentrum die Abg. Reichenberger (Köln) und von Schorlemers-Alst.

§ 2 bestimmt, daß mit der Erbauung des gedachten Schiffsverkehrslinien erst dann vorzugehen ist, wenn alle für den Bau vorgesehenen Bedingungen erfüllt sind, die § 3 enthält. Derselbe bestimmt, daß der erforderliche Grund und Boden der Regierung unentgeltlich und lastenfrei zum Eigentum zu überweisen ist, oder die Errichtung der sämtlichen für Grund und Boden verwandten Kosten in rechtsgültiger Form zu übernehmen ist.

Die Diskussion über §§ 2 und 3 wird verbunden.

Abg. von Hendelbrand und der La Sa erklärt, für den § 2 stimmen zu wollen, und dies nur aus sachlichen Gründen, nicht unter dem Druck des Wohlwollens, den der Minister v. Voetticher auf die schlesischen Abgeordneten ausüben zu müssen glaubt habe. Die schlesischen Abgeordneten seien darin komische Leute, daß sie weder von einer captatio benevolentiae noch von einer captatio malerolentiae sich leiten ließe; für sie gebe es nur sachliche Gründe. (Heiterkeit.)

Abg. Reichenberger (Köln) entwirft zuerst ein Bild von der energischen, ja rücksichtslosen Agitation, welche gegen eine Anzahl von Abgeordneten im Rheinland und Westfalen, besonders gegen den Abg. v. Schorlemers gerichtet worden sei und erklärt, daß eine solche Agitation nicht geeignet sei, einen Abgeordneten für das Projekt zu gewinnen. Er wolle Gleichheit für alle und möchte nicht, daß eine halbe Milliarde für ungewisse Projekte ausgegeben werde. Nachdem aber der Antrag Hammacher angenommen ist, wünsche er dem Unternehmen den besten Fortgang.

Abg. Dr. Schultz (Bochum) will die gestern vom Abg. v. Schorlemers ausgesprochene Ansicht, daß die Arbeitslöhne für die industriellen Arbeiter in Westfalen nicht gestiegen seien, bekämpfen, wird aber wiederholt vom Präsidenten zur Sache gerufen.

Abg. v. Eyner erläutert, daß die Agitation, über die sich der Abg. v. Reichenberger beschwert, nur eine Folge der Agitation gewesen sei, die von der Magdeburger Handelskammer und den Freunden des Antrages Büttmann gegen die Vorlage eingeleitet worden ist. Was die Grund- und Bodenfrage betrifft, so läßt sich, wie bei Eisenbahnen, eine Lage vorher nicht ausspielen, und die 5 Millionen, die die Regierung dafür verwenden will, dürften kaumzureichend sein.

Abg. Marcard (Lüdenscheid) hält es für ungerecht, den Grundbesitzern die Verpflichtung aufzuerlegen, den Grund und Boden unentgeltlich herzugeben. Die Vortheile, die sie vielleicht aus der Kanalanlage ziehen könnten, würden dadurch aufgehoben werden.

Abg. Drichtl: Der Antrag Büttmann sei nicht von sächsischen Partikularinteressen dictirt, sondern vom Standpunkte allgemeinen Interesses ausgestellt. Gerade unter der neuen Wirtschaftspolitik sei die Ausführung des Projektes nach der mittleren Elbe mehr als früher eine Notwendigkeit.

Abg. Imwalle beantragt, den § 2 und 3 zu folgendem § 2 zu verbinden:

Mit der Erbauung des gedachten Schiffsverkehrslinien ist erst vorzugehen, nachdem der gesammte, zur Erbauung des fraglichen Schiffsverkehrslinien, einschließlich aller Nebenanlagen erforderliche Grund und Boden der Staatsregierung aus Interessentenkreisen unentgeltlich und kostenfrei zum Eigentum überwiesen oder die Errichtung der sämtlichen staatsseitig für dessen Beschaffung im Wege der freien Vereinbarung oder der Enteignung aufzuwendenden Kosten, einschließlich aller Nebenentschädigungen für Wirtschaftserlösernisse und sonstige Nachtheile, in rechtsgültiger Form übernommen und sichergestellt ist.

Abg. Marcard (Vingen) empfiehlt diesen Antrag, der nur eine redaktionelle Änderung bezweckt, ohne daß etwas neues eingeführt ist.

Die Debatte wird geschlossen.

Der Antrag Imwalle wird fast einstimmig angenommen ebenso der Rest des Gesetzes ohne Debatte.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzes betreffend die Befugnisse der Strombauverwaltung gegenüber den Uferbesitzern an öffentlichen Flüssen.

§ 1 wird ohne Debatte genehmigt.

Die Kommission beantragt einen § 1a einzufügen, nach welchem vor Bestellung der zur Zeit noch nicht endgültig festgestellten Pläne zur Regulierung öffentlicher Flüsse die Beteiligten zu hören sind.

§ 1 und 2 werden angenommen.

§ 2a bestimmt, daß der Uferbesitzer befugt ist, die Entscheidung des Landrats über den Gegenstand und den Umfang der der Strombauverwaltung einzuräumen Rechte zu beantragen, daß jedoch die Verwaltung in Fällen, welche keinen Aufschub gestatten, die ihm eingeräumten Befugnisse ausüben kann, obwohl von dem Uferbesitzer die Entscheidung des Landrats beantragt ist.

Abg. Dr. Hartmann beantragt anstatt der gesprochenen Worte zu setzen:

„in welchem die Ausspruchung nicht ohne überwiegenden Nachtheil für das Gemeinwesen ausgeübt werden kann.“

Abg. Hahn bestimmt den Antrag, welcher von dem Regierungscommissioner Geh. Rath v. Zedlitz befürwortet wird.

§ 2a wird mit diesem Ammendment angenommen, ebenso ohne wesentliche Debatte der Rest des Gesetzes und schließlich auch das Gesetz über die Aufhebung der Ufer-, Ward- und Heungsordnung für das Herzogthum Schlesien und die Grafschaft Glatz vom 12. September 1763.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 9 Uhr. Tagesordnung: Kleinere Vorlagen.

Schluß 1½ Uhr.

#### Herrenhaus.

##### 14. Sitzung.

Berlin, 6. Juni. Am Regierungstage: v. Puttkamer, Dr. Friedberg, v. Götsche.

Präident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Die neu in das Hause eingetretenen Mitglieder v. Zschönni und Graf Pückler (Oberweistritz) leisten in der vorgeschriebenen Form in die Hand des Schriftführers Herrn Theune den Eid auf die Verfassung.

Auf der Tagesordnung steht die Berathung des Gesetzes, betreffend die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden, auf Grund des Berichts der IV. Kommission.

Eine Generaldisputation findet nicht statt. In der Spezialdisputation gelangen die §§ 1–12 unverändert nach den Beschlüssen des anderen Hauses zur Annahme.

§ 13 handelt von der Bestätigung der Gemeindebeamten, ist vom Abgeordnetenhaus dem Gesetz eingefügt und wird von der Herrenhauskommission wieder zur Streichung empfohlen; derselbe lautet:

„Soweit die Bestätigung der Wahlen von Gemeindebeamten nach Abzug der Gemeindeverfassungsgesetze den Aufsichtsbehörden zu steht, erfolgt dieselbe durch den Regierungspräsidenten.“

Die Bestätigung kann unter Zustimmung des Bezirksausschusses versagt werden. Lebt der Bezirksausschuss die Zustimmung ab, so kann dieselbe auf den Antrag des Regierungspräsidenten durch den Minister des Justiz ergänzt werden.

Der von den Regierungspräsidenten unter Zustimmung des Bezirksausschusses gefasste Beschluß ist endgültig.“

Herr Graf Udo Stolberg beantragt eine vermittelnde Fassung dahin, daß man die ersten beiden Absätze des § 13 annehme, das al. 3 jedoch durch folgende ersetzen möge:

„Gegen den Berichtigung der Bestätigung zustimmenden Beschluß des Bezirksausschusses steht der beteiligten Gemeinde die Berufung an den Minister des Innern zu.“

Die Bestimmungen im Absatz 2 und 3 finden auf die Bestätigung der Bürgermeister überall keine Anwendung.“

Graf Stolberg hat seinen Antrag nur aus taktischen Gründen eingebrochen, um dem Standpunkt des Abgeordnetenhauses möglichst nahe zu kommen und die Aussichten auf das Zustandekommen des Gesetzes zu stärken. Prinzipiell hält auch er den Beschluß der Kommission für das richtigere.

Geheimrat Bredt hält den Antrag Stolberg für ebenso unannehmbar wie den § 13 in dieser Fassung des Abgeordnetenhaus. Im Jahre 1881 sei an demselben Bestätigungsparagraphen das ganze Gesetz gescheitert, weil die Regierung auf den Boden der Beschlüsse des anderen Hauses nicht treten konnte; in derselben Situation befindet man sich heute. Das Bestätigungsrecht könnte nicht einem Kollegium wie dem Bezirksausschuss, in dem auch Laien sitzen, zugleich mit dem Regierungspräsidenten übertragen werden, dadurch komme der Beamte in eine üble Lage und seine persönliche Verantwortung werde verringert, ohne daß das „unpersönliche“ Kollegium einen Theil derselben übernehme.

Graf Brühl bittet gleichfalls um Annahme des Kommissionsvorschlags. Das Haus müsse bei seiner einmal gewonnenen Überzeugung beharren und dürfe nicht auf die Brücke treten, welche Graf Stolberg hinüber zu den Beschlüssen des anderen Hauses schlagen wolle. Nur wenn das Herrenhaus zeige, daß es festbleiben könne, werde das Abgeordnetenhaus nachgeben.

Herr von Reisch-Rhein: So schroff sollten wir uns doch nicht gegen die Beschlüsse des anderen Hauses stellen. Die Dinge stehen auf des Meisters Schneide, und wenn die Gefahr besteht, daß durch das Scheitern der Vorlage eine ganze lange Session fruchtlos bleibt, so müssen wir gewissenhaft erwägen, wie weit wir dem konkurrierenden Faktor entgegenkommen können. Die Behauptung, daß die Situation die gleiche sei wie 1881, ist unrichtig. Damals sollte das Bestätigungsrecht hinsichtlich der Magistratsbeamten, abgelehnt von Bürgermeistern und Beigeordneten, ganz fortgelassen, jetzt bleibt das Recht dem Regierungspräsidenten und nur hinsichtlich der Verwaltung soll eine Mitwirkung des Bezirksausschusses eintreten. Die Anträge des Grafen Stolberg sind daher nicht ohne Weiteres abzuweisen.

Minister von Puttkamer bittet ebenfalls, den § 13 zu streichen. Das Herrenhaus könne ruhig den Erfolg dieses Schrittes und die weiteren Schicksale des Gesetzes in anderem Hause abwarten. Der Beschuß des letzteren sei von parteipolitischen, nicht von Zweckmäßigkeitsgründen dictirt worden; er geht weit über das formale Gebiet hinaus und schränkt die bisherige freie Bewegung der Mittelinstanz der Verwaltung auf dem Bestätigungsgebiete in unzulässiger Weise ein. Des Regierungspräsidenten Stellung werde so in unerwünschter Weise affiziert, der Selbstverwaltungsförder ganz irrational mit politischer Verantwortlichkeit belastet. Die Annahme des Ammendements Stolberg würde zwar die Verständigung beider Häuser erleichtern, prinzipieller Bestätigungsrechts nicht gutheißen.

Graf von der Schulenburg-Beezenhof erklärt sich im Anschluß an die von Herrn Bredt entwickelten Gründe, Graf zur Lippe aus denen des Grafen Brühl für die Kommission.

Oberbürgermeister Brünning wird für § 13 stimmen, in welchem er eine Verlelung oder Verringerung des Bestätigungsrechts der Aufsichtsbehörden nicht erkennen kann.

Nachdem nochmals der Minister des Innern von Puttkamer sowie die Herren Bredt, Graf Udo Stolberg und Hache (Essen) das Wort ergreift haben, wird der Antrag Stolberg zurückgezogen und § 13 mit großer Mehrheit gestrichen.

Der Rest des Gesetzes, sowie das Gesetz im Ganzen werden ohne weitere Debatte genehmigt.

Über einige Petitionen wird Übergang zur Tagesordnung geschlossen.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr.  
Tagesordnung: Subskriptionsordnung.  
Schluß 3 Uhr 10 Minuten.

## Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 6. Juni.

R. Über die Sommerreise des Kaisers sind zwar noch keine endgültige Bestimmungen getroffen, jedoch gilt es als ziemlich feststehend, daß die Abreise schon in der Mitte dieses Monats, wahrscheinlich am Sonnabend der nächsten Woche erfolgen wird. Der Aufenthalt in Ems ist bis Anfang Juli in Aussicht genommen; der darauf wie alljährlich folgende Aufenthalt auf der Mainau wird acht bis zehn Tage dauern, so daß der Kaiser etwa zum 12. Juli in Gastein eintreffen wird. Nach einem nahezu vierwöchigen Kurgebrauche dort, würde dann die Rückkehr nach Berlin zu Anfang der zweiten Augustwoche stattfinden.

— Die erste Berathung der neuen kirchenpolitischen Vorlage wird voraussichtlich nächsten Montag beginnen.

— Die „Prov.-Korresp.“ bemerkt über die kirchenpolitische Vorlage:

Der Entwurf stellt sich eine Revision der Anzeigepflicht zur Aufgabe, um auf diese Weise berechtigte Einwendungen, welche gegen

Worte erwähnte und ihn nicht weiter beachtete.“ Der Korrespondent flügt folgenden echt russischen Zug hinzu: Nach kurzem Aufenthalt im Pavillon trat der Kaiser auf die Estrade hinaus, unterhalb welcher die Mannschaft an langen Tischen saß, ergriff ein dort aufgestelltes Glas mit Branntwein und brachte mit weithin schallender Stimme folgenden Toast aus: „Auf das Wohl meiner tapfern Garde!“ Der Kaiser leerte damit das Glas auf einen Zug und das war das Signal zu endlosen Hurraufen der Soldaten, die begeistert von ihren Sizzen aussprangen.“

Petersburg, 4. Juni. Von hier wird der „Frisch-Ztg.“ geschrieben: Während der Fahrt des Kaisers von hier nach Moskau wurde ein Mensch unter folgenden Umständen erschossen: Es war ein sehr strenges Verbot erlassen, um die Zeit, in welcher der Kaiserliche Zug passieren sollte, die Bahlinie zu berühren, und besonders sollte verhindert werden, daß Leute sich den Brücken des Bahndamms näherten. Die Wachposten hatten Befehl, bei Übertretung des Verbots sofort zu schießen. Zwischen Ostasjatow und Twer wollte ein Bauer auf einem Floß unter der Brücke über den Fluss Twerza fahren, da er von dem Verbot nichts wußte. Entweder überhörte er die Zusage des Postens, oder er wurde, wie es nach einer anderen Lesart heißt, überhaupt nicht angerufen, und so wurde der Mann von dem Posten sofort erschossen.

Moskau, 4. Juni. Der Krönungs-Korrespondent des Pariser „Figaro“, Albert Wolff, hatte eine Unterredung mit dem bekannten General v. Treppow, der einst als Stadthauptmann von Petersburg von der Nihilistin Wiera Soffitoff angegriffen wurde. Treppow ist natürlich für das Abschreckungssystem. Knute und Galgen ist nach seiner Meinung die einzige für Russland passende Regierungsmaxime. Am interessantesten und recht charakteristisch ist eigentlich nur folgende Bemerkung des Generals: „Als der Kaiser bei dem feierlichen Einzug die Stadt betrat, wandte er sich gegen seine Suite um und sagte mit entblößtem Haupte: „Mit Gottes Hilfe, meine Herren, vorwärts!“

### Wollmärkte.

Breslau, 6. Juni. [Vorbericht]. Die Anfuhren zum offenen Markt sind gegen das Vorjahr noch mäßige, auf den Lägern kommt die Wolle bisher langsam an, die Wäschendienst sind gut. Unter den Käufern befinden sich ein englischer, sowie rheinische und Görlicher Fabrikanten, Kommissionäre aus Frankreich und Schweden sind am Platze, für morgen wird das Gross der Käufer und ein regeres Lagergeschäft erwartet.

### Telegraphische Nachrichten.

Sonderhausen, 6. Juni. Der Landtag hat heute den Bau der Eisenbahnen Hohenebra - Ebeleben und Gehren - Großbreitenbach genehmigt.

Karlsruhe, 6. Juni. Der Großherzog und die Großherzogin statteten heute Nachmittag dem Großherzog und der Großherzogin von Mecklenburg, sowie der Großherzogin-Wittwe von Mecklenburg in Baden-Baden einen Besuch ab.

Kiel, 6. Juni. Die Königin von Schweden ist heute Nacht aus Neumünster eingetroffen und setzte ohne Aufenthalt ihre Reise mittels des dänischen Postdampfers „Dannekjold Somsoe“ nach Korsör fort.

Bremen, 5. Juni. Die von der Gesellschaft „Vulcan“ in Bremen für die chinesische Regierung erbaute Panzerkorvette „Ting-Yuen“ erreichte bei der heutigen Probefahrt in den Eiderförder Bucht auf gemessenen Meile der kaiserlichen Admiraltät eine Geschwindigkeit von 15,384 Knoten gegenüber der kontraktlichen Geschwindigkeit von 14,5 Knoten.

Paris, 6. Juni. Der „Courrier du Senegal“ bestätigt, daß sich sämtliche Insurgenten von Cayor unterworfen haben. Der Anführer derselben, Sambalabe hat die Erlaubnis erhalten, als Privatmann nach Cayor zurückzukehren. — Nach einer dem Superior des Missionsseminars zugegangenen Depesche ist der Missionar Bechet in Tonking enthaftet worden. — Wie die „Union“ meldet, hat die Bevölkerung von Bezançy (Département Ain), nachdem auf Befehl der obersten Behörde ein Kreuz entfernt worden war, die Büste der Republik in der Mairie gewaltsam zerstört.

Paris, 6. Juni. Die Trauung der Tochter des Barons Alfonso von Rothschild, Beatrice, mit Herrn Maurice Ephrussi hat heute in der großen Synagoge stattgefunden. Die hervorragendsten Mitglieder des diplomatischen Corps und die Spitzen der hohen französischen Gesellschaft wohnten der Feier bei. Laßalle von der großen Oper sang eine für die Veranlassung eigens komponierte Hymne. Die Ziviltrauung wurde gestern vollzogen.

London, 6. Juni. Der Graf von Roseberry, Unterstaatssekretär im Departement des Innern, hat in Folge des vom Unterhause zu erkennen gegebenen Wunsches, daß die Unterstaatssekretärstellen nur von Personen bekleidet werden möchten, die dem Parlament als Mitglieder angehören, seinen Posten niedergelegt.

London, 6. Juni. Generalkonsul Malet hat den Posten als englischer Gesandter in Brüssel angenommen, wird jedoch bis zur Ankunft seines Nachfolgers, des Majors Baring, welche im Herbst erfolgt, in Egypten verbleiben.

Moskau, 6. Juni. Heute wurde dem Kaiser vom Fürsten von Bulgarien im Beisein der hier anwesenden bulgarischen Minister und Deputationen ein kostbares Geschenk überreicht. — Der Fürst von Montenegro empfing gestern den Metropoliten von Moskau und Kolonna, Iohannitius und nahm ein ihm von demselben verehrtes Heiligenbild entgegen. Der Fürst dankte dem Metropoliten und sprach dabei zugleich seine hohe Freude über die Brüderlichkeit aus, die den Montenegrinern von den Russen entgegengebracht werde. — Die Einweihung der Erlöserkirche hat heute nicht stattgefunden, sondern wird erst morgen erfolgen. — Fast alle Krönungsbootschäfer werden sich vor ihrer Rückreise noch einige Tage nach Petersburg begießen. — Heute Abend wird der Minister des kaiserlichen Hauses, Graf Woronzow-Daschkow, die Vertreter der auswärtigen und der russischen Presse empfangen; dieselben werden eine Dankadresse für die der Presse bereitete außerordentlich liebevolle Aufnahme überreichen.

Archangel, 5. Juni. Die Sägemühle der Weizheimer Compagnie am Maimazafuß und das dazu gehörige Holzlager stehen in Flammen.

Bremen, 6. Juni. Der Norddeutsche Lloyd-dampfer „Werra“ geht am 14. d. M. von Southampton ab, mit demselben begibt sich der Reichstagsabgeordnete Lässer nach Amerika. Der Dampfer des Norddeutschen Lloyds „Nefar“ ist auf der Heimreise heute früh 7 Uhr in Southampton eingetroffen.

Hamburg, 6. Juni. Der Postdampfer „Frisia“ der Hamburg-Amerikanischen Paketschiffs-Aktiengesellschaft ist, von New York kommend, heute früh auf der Elbe eingetroffen.

Berantwortlicher Redakteur: G. Kontane in Bremen.  
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Insertate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Meteorologische Beobachtungen zu Bremen im Juni.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
6. Nachm.	746,6	Nebel	heiter	+19,5
6. Abends	747,2	Windstille	wolkig	+14,1
7. Morgs.	748,4	N schwach	heiter	+10,3
Am 6.	Wärme-Maximum: +24° 9 Cels.			
	Wärme-Minimum: +9° 5			

### Wasserstand der Warthe.

Bremen, am 6. Juni Morgens	0,80 Meter.
	Mittags 0,80
	Morgens 0,74

### Telegraphische Börsenberichte.

#### Bonds-Course.

Frankfurt a. M., 6. Juni. (Schluß-Course.) Fest auf Berlin, deutsche Bahnen bevorzugt.

Lond. Wechsel 20,497. Pariser do. 81,10. Wiener do. 170,87. R. & R. S. A. — Rheinische do. — Hefz Ludwigsb. 100. R. & R. Pr. Anth. Reichsan. 102. Reichsbank 149. Darmst. 152. Kleinst. Bl. 95. Ostf. 716,50. Kreditaktien 253. Silberrente 67. Papierrente 66. Goldrente 84. Ung. Goldrente 75. 1860er Loote 121. 1864er Loote 317,50. Ung. Staats. 224,50. do. Ostb. Obr. 11. 96. Böhm. Westbahn 259. Elisabethb. — Nordwestbahn 171. Galizier 259. Franzosen 280. Lombarden 129. Italiener 92. 1877er Russen 90. 1880er Russen 72. II. Oriental. 57. Bentr. Pacific 112. Distrikto-Kommandit. — III. Oriental. 57. Wiener Bankverein 91. 5% österreichische Papierrente 79. Buschtelegraph. — Gayoter 74. Gotthardbahn 121. Türken 11.

Westsizilianische Eisenbahn 87.

Naar Schluß der Börse: Kreditaktien 254. Franzosen 281. Gas-

lizer 259. Lombarden 129. II. Oriental. — III. Oriental. — Egypter — Gotthardbahn 12.

Die Subskription auf die Staatsbahnprioritäten mußte in Folge großer Andrangs und von Überzeichnung kurz nach Eröffnung geschlossen werden.

Frankfurt a. M., 6. Juni. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 255. Franzosen 281. Lombarden 129. Galizier 259. österreich. Papierrente — Egypter — III. Oriental. — 1880er Russen — Gotthardbahn 120. Deutsche Bank — Nordwestbahn — Elbtal — 4proz. ung. Goldrente 75. II. Orientalie — Böhmishe Nordbahn — Befestigt.

Wien, 6. Juni. (Schluß-Course.) Sehr fest.

Papierrente 78,42. Silberrente 78,90. Österreich. Goldrente 98,90.

5proz. ungarische Goldrente 120,40. 4proz. ung. Goldrente 88,72.

5proz. ung. Papierrente 86,85. 1864er Loote 120,00. 1860er Loote 134,75.

1864er Loote 167,00. Kreditloose 170,00. Ungar. Prämiens. 114,75. Kreditaktien 296,30. Franzosen 328,00. Lombarden 150,75.

Galizier 302,10. Rast. — Öbr. 144,75. Pardubitzer 149,25. Nordwestbahn 199,25. Elisabethbahn 222,00. Nordbahn 276,25. Österreich.

ungar. Bank —. Türk. Loote —. Unionbank 117,00. Analog. 111,25. Wiener Bankverein 106,50. Ungar. Kredit 294,50.

Deutsche Bläze 58,50. Londoner Wechsel 20,00. Pariser do. 47,45.

Austerdamer do. 98,95. Napoleon 9,52. Dutaten 5,66. Silber 100,00. Marknoten 58,50. Russische Banknoten 1,17. Lemberg.

Gzernowiz —. Kronpr. Rudolf 167,50. Franz-Josef —. Duz.

Bodenbach —. Böhm. Westbahn —. Elbtal 217,50. Tramwan 217,00. Buschtelegraph —. Österreich. 5proz. Papier 93,35.

Wien, 6. Juni. (Privatverkehr.) Ungar. Kreditaktien —.

Österr. Kreditaktien 298,70. Ungar. 4proz. Goldrente 88,95.

Franzosen —. Lombarden —. Galizier —. Nordwestbahn —. Elbtal —. Österreich. Papierrente —. 5proz. ungar. Papierrente —. Marknoten —. Napoleon 9,50. Bankverein —. Fest.

Paris, 6. Juni. (Schluß-Course.) Fest.

3proz. ampräz. Rente 81,2. 3proz. Rente 79,75. Unleibe

de 1872 108,55. Ital. 5proz. Rente 93,25. Österreich. Goldrente 84.

5proz. ungar. Goldrente 103. 4proz. ungar. Goldrente 76.

5proz. Russen de 1877 —. Franzosen 700,00. Lombard. Eisen-

bahn-Aktien 320,00. Lombard. Prioritäten 299,00. Türken de 1885

11,42. Türkloose 53,50. III. Orientalie —.

Credit mobilier —. Spanier neue 64. do. inter. —. Suc-

panal-Aktien 246,2. Banque ottomane 77,00. Union gen. —. Credit

fondier 1330,00. Egypter 369,00. Banque de Paris 1062,00. Banque

d'escopme 528. Banque hypothécaire —. Lond. Wechsel 25,29.

5proz. Rumänische Anleihe —.

Foncier Egyptien 595,00.

London, 6. Juni. Consols 100,12. Italien. 5prozentige Rente

92. Lombarden 12,5. 3proz. Lombarden 11,2. 3proz. do. neue —.

3proz. Russen de 1871 86,5. 5proz. Russen de 1872 86. 5proz. Russen de 1873 85,5. 5proz. Russen de 1866 11,5. 5proz. fundierte Amerik. 105. Österreichische Silberrente 66. do. Papierrente —. 4proz. Ungar. Goldrente 75. Österreich. Goldrente 83. Spanier 64. Egypter 72. Ottomandant 20. Preuß. 4proz. Consols 101. Fest.

Silber —. Blaufiskont 3,5 v. Et.

In die Bank floßen heute 50,000 Pfd. Sterl.

Petersburg, 6. Juni. Wechsel auf London 231. II. Orient.

Anleihe 92. III. Orientalie 92. Hamburg —.

New York, 4. Juni. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 94.

Wechsel auf London 4,85. Cable Transfer 4,89. Wechsel auf Paris 5,17. 3prozentige fundierte Anleihe 103. 4prozentige fundierte Anleihe von 1877 119. Eric. Bahn 352. Central. Pacific. Bonds 115.

New York Zentralbahn-Aktien 123. Chicago- und North Western Eisenbahn 148.

Geld abundant, für Regierungsbonds 1. für andere Sicherheiten 2½ Prozent.

### Produkten-Kurse.

Köln, 6. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 21,00, fremder loco 21,50, per Juli 20,10, per November 20,55. Roggen loco 15,00, per Juli 15,90, per Novbr. 15,60. Hafer loco 15,25. Rübs.

loc. loco 36,50, per Octbr. 31,70.

Bremen, 6. Juni. Petroleum. (Schlußbericht.) Fest.

Standard white loco 7,40 a —. per Juli 7,55, per August 7,65 a —. per August-Dezember 7,80 a 7,85. Bez.

Hamburg, 6. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen loco unver., auf

Termine matt, per Juni-Juli 187,00 Br. 186,00 Gd. per Sept.-Oktbr. 195,00 Br. 194,00 Gd. — Roggen loco unver., auf

Termine matt, per Juni-Juli 47,00 Br. 46,00 Gd. per Sept.-Oktbr. 151,00 Br. 150,00 Gd. Hafer und Gerste unveränd.

Rübs. still, loco 72, per Oktbr. 62,00 Spiritus ruhiger, per Juni 46,5 Br.

per Jul.-August

